



# Stellungnahme

## zum Antrag Nr. AT/0047/2024

Vorlage: <b>ST/0041/2024</b>		Datum: 04.04.2024	
<b>Dezernat 1</b>			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.: 07/GSS	
<b>Betreff:</b>			
<b>Stellungnahme zum Antrag der Ratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE-PARTEI.: Beitritt zum Bündnis „Gemeinsam gegen Sexismus“</b>			
Gremienweg:			
18.04.2024	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE abgesetzt geändert

### Stellungnahme:

Die Verwaltung, vertreten durch Oberbürgermeister Langner und die Gleichstellungsbeauftragte Baumann, befürwortet den Beitritt zum Bündnis „Gemeinsam gegen Sexismus“.

Die Arbeit des Bündnisses gliedert sich in drei Bereiche:

Sexismus in der Arbeitswelt,

Sexismus im öffentlichen Raum

Sexismus in Kultur und Medien

Schwerpunkt in der Mitarbeit der Gleichstellungsstelle im Bündnis kann der Bereich „Sexismus in der Arbeitswelt“ sein.

Sexismus in der Arbeitswelt äußert sich auf vielfältige Weise, sexistische Sprüche und Bemerkungen sowie sexuelle Belästigung und Übergriffe. Auch die Stadtverwaltung reagiert sensibel auf Sexismus-Vorwürfe.

Die Gleichstellungsstelle sieht in der Mitarbeit im Bündnis die Chance, durch die Vernetzung das Wissen über Sexismus zu vertiefen. Durch die Teilnahme an regelmäßigen Netzwerktreffen werden Austausch und Wissen über konkrete Maßnahmen gegen Sexismus gefördert.

**Finanzielle Auswirkungen: keine**

### Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat bekennt sich dazu, die Bekämpfung von Sexismus als Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte anzuerkennen und Sexismus sowie sexualisierter Gewalt in all ihren Erscheinungsformen entgegenzutreten.

2. Der Stadtrat beschließt, die Stadt Koblenz tritt dem Bündnis „Gemeinsam gegen Sexismus“ bei und setzt damit ein deutliches Zeichen für eine offene Gesellschaft, in der Diskriminierungen aufgrund des Geschlechtes keinen Raum haben.

Sofern sich aus dem Beitritt zu dem Bündnis über das bereits bestehende Engagement gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes hinaus weiterer Handlungsbedarf ergibt, wird die Verwaltung die erforderlichen Maßnahmen im Rahmen ihrer finanziellen und personellen Kapazitäten umsetzen.

